

Thormer Zeitung.



Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 2 M. — Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 M. 50 h.

Begründet 1760.

Redaction und Expedition Bäckerstraße 255. Inserate werden täglich bis 2 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfpaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 h.

Nro. 239.

Sonnabend, den 12. October.

1878.

Päpstliche Politik.

Unsere Optimisten lassen Jubelhymnen erschallen seit dem Bekanntwerden des Briefes, welchen der heilige Vater an den Kardinal Nina geschrieben, des Briefes, in welchem Leo XIII. seine Hochachtung vor den deutschen Staatskennern und seine Geneigtheit ausdrückt, sich mit denselben in Güte auseinanderzusetzen. Man glaubt, damit sei das Ende aller kirchenpolitischen Wirren gekommen und das Papstthum sei ernstlich entschlossen, in neue Bahnen einzulenken, sich mit dem modernen Zeitalter zu versöhnen. In diesem Jubel über die Deutschland gegenüber gesprochenen freundlichen Worte übersieht man jedoch einen Punkt vollständig, oder unterschätzt ihn wenigstens, den Punkt nämlich, daß der Papst im selben Brief sich Italien gegenüber einer harten, ja drohenden Ausdrucksweise befleißigt, daß er dieser Macht gegenüber „die weiteste kirchliche Freiheit“ verlangt und daß er erklärt, Italien gegenüber seiner Pflichten als Oberhaupt der Kirche eingedenk zu sein. Leo XIII. mißt sonach mit zweierlei Maß, Italien will er nicht gewähren, was er Deutschland zu gewähren Miene macht. Kann da wirklich von einer innern moralischen Umwandlung des Papstthums die Rede sein? Ist man da wirklich zu dem Glauben berechtigt, daß Leo XIII. dem modernen Zeitgeiste Concessionen zu machen, eine bessere Aera päpstlicher Politik einzuleiten entschlossen sei? Zu solcher Annahme wäre man nur dann berechtigt, wenn der heilige Vater allen Mächten gegenüber sich eines Entgegenkommens befleißigte. So aber hat man Grund zu Mißtrauen und zu der Besürchtung, daß Leo XIII. nur aus dem Grunde zum Friedensschluß mit Deutschland geneigt ist, um desto sicherer und mit um so größerer Kraft zunächst gegen einen andern oder zünftig andere Widersacher sich wenden zu können und um nach dessen oder deren glücklicher Niederwerfung wieder Front gegen uns zu machen. Der Papst zeigt gegenwärtig auch Rußland und Oesterreich gegenüber Sammetpöfchen, während er so ziemlich gleichzeitig mit dem an den Kardinal Nina gerichteten Brief eine Aufforderung an die iranischen Bischöfe schrieb, alles zur siegreichen Befähigung des dort immer mehr Boden gewinnenden liberalen und fortschrittlichen Systems aufzubieten. Es scheint also, als sei man im Vatikan gesonnen, unter vorläufiger Ausübung mit den conservativen Mächten, seine Kraft zunächst gegen die dem fortschrittlichen Ziele jetzt frischer und fröhlicher zustrebenden Westmächte, Italien und Frankreich, zu concentriren. In der Theorie nimmt sich diese Politik sehr klug aus, weit klüger als diejenige Pius IX., der der ganzen Welt auf einmal den Krieg erklärte. Allein, es fragt sich, ob sich jene in der Praxis besser bewähren wird als Letztere. Ja, wenn wir noch in dem „goldenen“ Zeitalter lebten, wo die Völker dem Papste ihre Heere zu Gebote stellten, wenn es heute möglich wäre, daß Deutschland, Oesterreich und Rußland mit Waffengewalt die Italiener und die Franzosen zur katholischen Raison brächten! Dann wäre es etwas Anderes. So aber kann die nächste Folge nur die sein, daß im Süden der Alpen und im Westen der Bogen der Kulturkampf immer größere Dimensionen annimmt, die Lust zu Maßregeln gegen die Annahmen der Klerikalen stetig anwächst, bei den Regierungsmännern sowohl als auch bei den aufgeklärten Volksmassen. Man höre nur die Aeusserungen der italienischen Presse. Die „Libertà“ meint: „Das Spiel des Vatikan ist durchsichtig, das Sinnen und Trachten des Papstes spitzt sich in dem einen Gedanken zu: Wiedererlangung der weltlichen Herrschaft, und diesem zu Liebe ist die Kurie zu allem und jedem bedenklischen Opfer bereit.“ Der „Nationale“ sagt drohend: „Wenn die Kurie darauf abzielt, Italien Schwierigkeiten und Feindschaften zu bereiten, dann kann Italien wissen, was es zu thun hat und dann hat das Papstthum in Italien und in der Welt sein Ende erreicht.“ Selbst der kalte und gemäßigte „Diritto“ nennt das Schreiben an Nina ein Programm der katholischen Kirche, das sich dahin formuliren lasse: „Anerkennung und ewiger Kampf gegen die Einbeit und die Geleße Italiens; Politik der Verschönerung und der Zugeständnisse in den Beziehungen des heiligen Stuhls mit allen Mächten der Welt, seien sie katholisch, protestantisch, schismatisch, mohamedanisch oder budhistisch.“ „Leo XIII. hat zum ersten Male die Gleichheit seiner Kirchenpolitik mit der Pius IX. in feierlicher Form ausgesprochen.“ In Italien tritt sonach sicher eine Verschärfung des Kriegszustandes ein. Aber auch in Frankreich sind schon jetzt Konsequenzen zu bemerken, die bald zum größten Nachtheile der päpstlichen Sache ausschlagen können. Die strenggläubigen Volkstheile und Massen sind in Frankreich nämlich noch patriotischer und clericaler gesinnt und bei ihnen findet sich dort der intensivste Deutschhaß. Die vom Papste Deutschland entgegengetragene Freundschaft nun regt den Patriotismus dieser Bevölkerung mächtig auf und läßt sie fühlen, daß ihnen die liberalen und republikanischen Franzosen immer noch näher stehen als der Papst und die Bischöfe. Das machte sich bereits so fühlbar, daß Letztere sich veranlaßt sahen, Worte der Warnung nach Rom zu richten. Es ist deshalb einleuchtend, daß die Republikaner, so ungehalten sie über die von Leo XIII. Italien gegenüber beobachtete Haltung sind, des Papstes Freundschaft gegen Deutschland gern sehen und nur Vortheile für ihre Sache davon erwarten.

Tagesübersicht.

Thorn, den 11. October.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde die Discussion des § 1 der Socialistenvorlage zu Ende geführt. Das Wort

ergriffen heute gegen die Vorlage der Socialdemokrat Hasselmann und der elsässer Protestler Winterer, für die Vorlage die Abgg. Dr. Löwe und von Bennigsen. Die Rede des Socialdemokraten Hasselmann bildete nahezu eine Aufreizung zum Aufruhr. Er sprach davon, daß nach einer Arbeiterrevolution das vorliegende Gesetz bei einer Konfiskation der Fabriken und des Grundeigentums zum Vorbild genommen werden würde. Wenn die Socialisten zum Kampfe gedrängt würden, seien er und seine Freunde bereit ihr Leben zu lassen. Die Ausführungen des Redners zogen ihm den Ordnungsruf des Präsidenten zu. Während der Abg. Winterer in Kulturkampf arbeitete, bewiesen die Abgg. Dr. Löwe und v. Bennigsen in glänzender Ausführung die Nothwendigkeit gesetzlicher Maßregeln gegen die Socialdemokratie. Insbesondere war die Rede des Herrn v. Bennigsen nach Form und Inhalt ein Meisterwerk. Auf den bekannten Vorwurf hinweisend, constatirte er, daß auch die Fortschrittspartei und das Centrum ihre Stellung verändert hätten. Das Ziel der Socialdemokraten sei der Polizeistaat in einer so unerträglichen Form, wie er früher nie existirt habe und wie ihn keine Bevölkerung sich gefallen lassen würde. Schließlich begrüßte er die gestrigen Aeusserungen des Fürsten Bismarck über den Zusammenhalt der Parteien mit Anerkennung, betonte jedoch, daß aus dem letzten Wahlkampfe eine Verstimmung zurückgeblieben sei, die sich nicht so leicht beseitigen lasse. Hierauf wurde der Antrag Schmid und mit diesem der § 1 angenommen. Für das Gesetz stimmten die Nationalliberalen, Conservativen und die Gruppe Löwe. Die nächste Sitzung fand heute statt.

Da Graf Rankow in Folge seiner Verlobung mit der Gräfin Bismarck in manchen Kreisen ein besonderes Interesse gewann, so spürten einzelne Blätter der Vergangenheit desselben bis in die unbedeutendsten Einzelheiten nach. Dem „Rhein. Kur.“ ist es nun gelungen, zu ermitteln, daß der Graf, dessen Familie eine holsteinische ist, zu Wiesbaden im Hause Kuisenplatz Nr. 7 geboren und von dem jetzigen Bischof Dr. Wilhelm gekauft wurde. — Bleibt also noch zu ermitteln, wo Graf R. das A. B. C. gelernt hat.

Die Leiter der berliner socialdemokratischen Agitation fordern ihre Anhänger in Rücksicht auf das „unzweifelhaft zur Annahme gelangende“ Socialistengesetz auf, „in der Fabrik oder in der Werkstätte, beim Vergnügen oder unter gleichgesinnten Hausgenossen“ schon jetzt Sammlungen für die zukünftigen Opfer jenes Gesetzes vorzunehmen. Nicht darauf käme es an, viel auf einmal zu geben, sondern das Augenmerk sei vor Allem darauf zu richten, daß die Gaben öfter fließen. Fünf oder zehn Pfennige die Woche könne Jeder geben. Wenn aber die Tausende von berliner Socialdemokraten auch noch so kleine Gaben darbrächten, so werde es möglich sein, die empfindlichsten Schläge der Reaction unschädlich zu machen. Man rechnet in socialdemokratischen Kreisen auf einen Ertrag von mindestens 1000 M. wöchentlich allein aus den berliner Sammlungen.

Die in der „Berl. Freien Presse“ zu diesen Sammlungen aufrufende Rundgebung hat folgenden Wortlaut:

An die Partei- und Gefinnungsgegnossen in Berlin. Die Annahme des Ausnahmegesetzes seitens des Reichstages unterliegt keinem Zweifel mehr. Damit gehen die Anhänger und Freunde unserer Ideen einer schweren Zeit entgegen. Schon heute werden die Gefängnisse und Anlagelager nicht leer von den angeklagten und verurtheilten Socialisten. Währenddem uns gegenüber die Infamie und Niedertracht einen Freibrief zu haben scheint, wird an uns der leiseste Verstoß auf's Schwerste geahndet, haben wir Verfolgungen zu erdulden wegen schriftlicher oder mündlicher Aeusserungen. Als Vorkämpfer des vierten Standes gegen die Interessen des Geldsacks und der Geburtsvorrechte haben wir uns den wüthendsten Haß aller Derer zugezogen, welche ein Interesse daran haben, daß der vierte Stand nicht zu seinem Recht kommt. Dieser Haß, er wird furchtbare Opfer fordern, die Einzelnen von uns werden sie bringen, bringen müssen. Unser Aller Pflicht aber wird es sein, dafür zu sorgen, die Familien Derjenigen, welche den drakonischen Bestimmungen des neuen Gesetzes zum Opfer fallen, so weit es in unseren Kräften liegt, zu unterstützen. Gefängniß, Ausweisung, Internirung und Ruin des Geschäfts, das ist es, auf was sich alle bekannteren Genossen vorzubereiten haben. Da wird es viel Glend geben, werden viele Ruhe um Hülse an unser Ohr schallen. Ist erst das Gesetz in Kraft, dann wird es selbst nicht möglich sein, an Euch, Genossen, die Bitte um Unterstützung dieser Armen zu richten; deshalb fordern wir Euch jetzt auf, überall, wo Ihr könnt, in der Fabrik oder in der Werkstätte, beim Vergnügen oder unter gleichgesinnten Hausgenossen dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß unsere Gemahregelungen nicht vergessen werden. Nicht darauf kommt es an, viel auf einmal zu geben, sondern das Augenmerk ist vor Allem darauf zu richten, daß die Gaben öfter fließen. Fünf oder zehn Pfennige die Woche kann Jeder von uns geben. Wenn aber die Tausende von Anhängern, deren wir hier in Berlin zählen, auch noch so kleine Gaben geben, dann werden wir im Stande sein, unseren betroffenen Genossen behülflich zu sein und so die empfindlichsten Schläge der Reaction unschädlich zu machen. Genossen! Ihr habt stets noch Opfer für unsere gerechte Sache zu bringen gewußt, thut auch jetzt Eure Pflicht. Wenn in jeder Werkstatt, in jeder Fabrik, in jedem von Proletariern bewohnten Hause in oben angegebener Weise der Nothleidenden gedacht wird, wenn jeder Genosse es sich zur Pflicht macht, am Sonnabend sein Scherlein für die Sache unserer Gemahre-

gelten zu geben, dann werden wir, ohne daß es dem Einzelnen schwer fällt, über Mittel genug verfügen, um auch die schwersten Schläge pariren zu können. Die gesammelten Gelder sind die Unterzeichneten bereit entgegenzunehmen. Genaue Abrechnung wird, wenn irgend möglich, öffentlich gegeben, auf alle Fälle können die Genossen versichert sein, daß ihre Gaben nur zu den Zwecken verwendet werden, zu denen sie gegeben sind. Karl Anders, Steglitzerstraße 53. August Baumann, Kaiser Franz Grenadierplatz 8b. Otto Fischer, Amalienstr. 6. Wilhelm Körner, Neue Grünstr. 23, Hof 1 Tr.

Die Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin, in deren Verlag die „Berliner Freie Presse“ erscheint, geht mit der Absicht um, nach Erlass des Socialistengesetzes Alles in Sicherheit zu bringen. Ein Inserat des letztgenannten Blattes beauftragt die Mitglieder der Genossenschaft zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf Sonntag, den 3. November dieses Jahres. Auf der Tagesordnung derselben steht nur der Antrag des Vorstandes auf Liquidation des Geschäfts.

Der socialdemokratische krimmischer „Bürger- und Bauernfreund“ enthält folgende Notiz:

Auf Grund vorliegender Schriftstücke ersehen wir, daß zwischen hiesigen Einwohnern (durchweg Familienvätern) und dem englischen Konsulate zu Berlin ein reger Briefwechsel gepflogen wird. Die in Frage stehende Angelegenheit ist eine event. Ueberstellung hiesiger Bürger in größerer Gemeinschaft nach Kleinasien durch englische Vermittelung. Bekanntermaßen sind durch den berliner Vertrag (13. Juli 1878), der den orientalischen Krieg „beendete“, Verhältnisse in Kleinasien und auf der Balkanhalbinsel geschaffen worden, die europäischen Kolonisten überaus günstige Bedingungen, besonders in gewerblicher Beziehung gewähren. Das englische Konsulat, das die gestellten Fragen sehr bereitwillig und eingehend beantwortete, hat zu gleicher Zeit noch weitere Aufschlüsse hiesür in Aussicht gestellt. Nach Eingang dieser noch zu erwartenden Nachrichten werden wir mit weiteren Mittheilungen nicht zurückhalten.

Der leipziger „Vorwärts“ sieht in Folge dieser Mittheilung zu einer Warnung veranlaßt:

Wir sind (so sagt er) Gegner eines jeden Auswanderungsplanes, der auf politisches Unbehagen zurückzuführen ist, weil wir von der Ueberzeugung ausgehen, daß der Kampf, der uns in der Heimath aufgezwungen worden ist, auch in der Heimath ausgekämpft werden muß. Ganz abgesehen von solchen allgemeinen und prinzipiellen Motiven, müssen wir das in Krimmischerau angeregte Projekt noch deshalb verurtheilen, weil die Zustände in Kleinasien, Cypern eingeschlossen, sowohl in klimatischer als in administrativer Beziehung derartige sind, daß an eine Kolonisation durch Deutsche entweder überhaupt nicht (z. B. in dem vielgepriesenen Cypern, dessen Klima sich für die englischen Truppen verberlicher erwiesen hat, als das der ungesundesten westindischen Kolonien), oder noch auf lange Zeit hinaus nicht zu denken ist. Ebe in den klimatisch unigen Landstrichen geordnete Verhältnisse eingerichtet sind, werden viele Jahre vergehen müssen. Daß die englischen Behörden es sehr gern sehen würden, wenn Deutsche sich zum „Zivilisationsflamme“ hergeben und mit ihren Knochen das Land für die später kommenden englischen Ansiedler düngen würden, ist klar.

Zu dem Altstädter Mühlencomplex zu Prag, ist gestern eine große Feuerbrunst ausgebrochen. Die Rastmühlen von Trutka, Rostof und Droral sind eingäschert. Massenhafte Mehlvorräthe sind ein Raub der Flammen geworden.

Die Wahl eines Redacteurs der „Marseillaise“, Maret, zum Gemeinderath beschäftigt fortwährend die radikalen wie die monarchistischen Blätter Frankreichs. Die Wahl kam letzteren um so gelegener, als sie dadurch die Triumphe, welche Gambetta auf seiner Rundreise feiert, abschwächen zu können meinen und dem Gefeierten mitten in seinem Siegeszuge ein Menetekel an die Wand malen. Das ist der Anfang vom Ende, jubelt das „Paris Journal“ und für das „Days“ ist Gambetta ein abgethaner Mann, ein Catilina ohne Muth, eine Art Malanelli, aber gemein und ohne Poesie, dem die Dekoration des Golds von Neapel und die Russik von Auber fehlt. Angesichts der Angst, welche die bevorstehenden Senatswahlen den Monarchisten einflößen, und der Niedergeschlagenheit und Desperation, in die sie Gambetta's Siegeszug durch die Provinzen versetzt, ist ihnen die Freude zu gönnen. Daß Gambetta den Zenith seines Ruhmes und seiner Erfolge noch nicht überschritten hat, steht außer Frage und schwerlich wird es jemand den radikalen Blättern glauben, daß der Wahlsieg eines der Ihren in einer Pariser Vorstadt schon den Beginn einer Aera des Radikalismus bedeute. Gambetta wird seinen Triumphzug durch Frankreich bei seiner Rückkehr aus der Schweiz fortsetzen u. man erwartet von ihm eine neue Rede, gewissermaßen einen Epilog zu seiner Rede von Romans, in Grenoble. Unterdeß ist dem Streite über den Termin der Senatswahlen durch ein Dekret des Präsidenten der Republik, welches das gefürzte „Journal officiel“ veröffentlicht, ein Ende gemacht. Die Municipalräthe werden dadurch zur Vornahme der Wahl der Delegirten zur Senatswahl auf den 27. d. einberufen werden und der 5. Januar l. J. wird als Termin für die Senatswahlen (Erneuerung eines Drittels des Senates) festgesetzt. Der Präsident der Republik bezog anfangs Bedenken; Dufaure wußte dieselben zu zerstreuen, indem er ihm

